

# Attac Rundbrief 02/16

## Debatte

### Die Demokratie gegen die autoritäre EU-Integration verteidigen!

Im Rundbrief 4/2015 hatte sich Werner Rätz mit der Kapitulation der griechischen Regierung vor den Forderungen der Gläubiger auseinander gesetzt und mit der Unfähigkeit der europäischen Linken, auf das EU-Krisenmanagement einzuwirken. Steffen Stierle von der PG Eurokrise setzt mit dem vorliegenden Beitrag aus der Sicht der Befürworter eines linken Plans für einen Euro-Austritt die Debatte fort. Dieser Artikel spiegelt eine Position in und außerhalb von Attac wider, nicht den Gesamtkonsens in Attac.

Das Scheitern des anti-neoliberalen Regierungsprojektes in Griechenland hat eines deutlich gemacht: Innerhalb des heutigen EU-Institutionengefüges gibt es keinen Platz für demokratische Entscheidungen, die die neoliberale Agenda der politischen Eliten infrage stellen. Wenn die Bevölkerung sich gegen weitere Kürzungs- und Privatisierungsprogramme stellt, ziehen EZB und Eurogruppe die Daumenschrauben an – bis zur Kapitulation.

Die neoliberale Agenda ist tief in den EU-Verträgen verankert. Mit gemeinsamem Binnenmarkt, Stabilitätspakt und EZB-System wurde die EU-Integration von Anfang an auf einen Kürzungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungskurs festgelegt. Die Euroeinführung hat den Druck auf Löhne, Steuersysteme und öffentliche Dienstleistungen weiter erhöht. Mit den zahlreichen Pakten und Paketen, die im Windschatten der Finanz- und Wirtschaftskrise durchgesetzt wurden, wurde das ganze Korsett nochmal enger geschnallt. Die aktuell verhandelten Integrations Schritte – Stichwort 5-Präsidenten-Plan – zielen darauf ab, eine radikal neoliberale Agenda tief in die EU-Verträge zu schreiben und jeglichen Verstoß scharf zu sanktionieren.

Gegen diesen Rahmen kann es keine demokratischen Entscheidungen geben, so Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission. Die Griechen haben 2015 erfahren, wie das zu verstehen ist. Bereits 2012 haben es die Zyprioten gelernt, deren Regierung sich dem Troika-Programm zunächst verweigerte. Heute werden deutliche Signale Richtung Portugal und Spanien gesendet, wo ebenfalls mit anti-neoliberalen Regierungsideen gezündelt wird.

Aus all dem ergibt sich, dass wer den Neoliberalismus überwinden und die Demokratie verteidigen will, auch bereit sein muss, diesen Rahmen – also Euro und EU – infrage zu stellen. Beides steht einem sozialen und demokratischen Europa im



Wege. Die Bereitschaft, diesen Sachverhalt offen zu benennen und darauf politische Strategien aufzubauen, hat seit dem griechischen Ereignis stark zugenommen.

Das ist eine wichtige Entwicklung: Zum einen, weil die 5-Präsidentenpläne Vertragsänderungen voraussetzen, die ohne eine Reihe von Referenden nicht zu haben sind. Hier braucht es entschiedene „Nein-Kampagnen“, um die Weiterentwicklung des neoliberalen Europa zu blockieren. Zum anderen sind die linken eurokritischen Debatten angesichts des Aufstiegs rechter, rassistischer Kräfte wichtig, die sonst leichtes Spiel haben, aus der berechtigten eurokritischen Stimmung in der Bevölkerung kräftig Kapital zu schlagen.

Dass die Zustimmung zu EU und Euro in der Bevölkerung seit Jahren immer weiter zurückgeht, hat gute Gründe. Es ist offensichtlich, dass die Mehrheit der Europäer mit dem neoliberalen Integrationsprojekt nicht einverstanden ist. Am deutlichsten wurde dies beim „Oxi“ der Griechen, wenige Tage vor der Kapitulation, zum Ausdruck gebracht. Linke sollten sich nicht zum *Advocatus Diaboli* machen und aufgrund eines falsch verstandenen Internationalismus ein anti-demokratisches, neoliberales Herrschaftsprojekt verteidigen, das den Übergang zu einer linken oder auch nur sozialdemokratischen Politik unmöglich macht.

Ohnehin behauptet kaum noch jemand, dass man EU und Eurozone zu etwas Sozialem, Demokratischem umbauen kann. Stattdessen wird auf die Chaosthese gesetzt, wenn es gilt, den Euro zu verteidigen: Sobald ein Land die Währungsunion verlasse, werde eine gigantische Kettenreaktion ausgelöst, die alles noch viel schlimmer mache. Der ganze Laden fliege auseinander und Mitteleuropa

versinke in bitterer Armut und womöglich gar Krieg. Naja.

Freilich wäre ein Exit nicht einfach – gerade für kleine Länder mit schwacher Volkswirtschaft. Aber man muss auch sehen, dass es für Länder wie Griechenland keinerlei Perspektive gibt, die Abwärtsspirale aus Rezession, Verschuldung, Austerität und Verarmung zu durchbrechen, solange das Korsett der EU-Verträge und des Euro nicht abgelegt wird.

Zudem gibt es zahlreiche konzeptionelle Überlegungen für einen linken Exit. In deutschen eurokritischen Kreisen ist besonders der Übergang in ein reformiertes Europäisches Währungssystem (EWS) beliebt. Das EWS war der Vorläufer des Euro. Es besteht immer noch, wobei nur noch Dänemark Mitglied ist. Dadurch kann der Wert der dänischen Krone zum Euro angepasst werden, wenn dies die wirtschaftlichen Entwicklungen erfordern. Wenn die Schwankungen aber zu groß werden, muss die EZB intervenieren. Dänemark hat dadurch geldpolitische Spielräume, ohne die Krone spekulativen Attacken auszusetzen.

Auch andere Vorschläge liegen auf dem Tisch – von der Einführung einer Parallelwährung bis zur Kooperation mit anderen Währungsräumen. Die Debatte ist nicht einfach. Aber es ist richtig und wichtig, dass sie zunehmend zum Diskussionsgegenstand in Netzwerken wie Attac, in Gewerkschaften und linken Parteien wird. Solange wir die Konfrontation mit dem Eurorahmen scheuen, haben wir dem autoritären EU-Neoliberalismus nichts entgegenzusetzen.

**Steffen Stierle** ist Volkswirt und Mitglied der Projektgruppe Eurokrise.